

GROSSER RAT

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DBU



Grossratsgeschäftsnummer: 16 / BS 27 / 277
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DBU

Bericht der GFK-Subkommission DBU zum Budget 2019 und zum Finanzplan 2020 - 2022

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DBU:

Präsident: Christine Steiger Eggli, Frauenfeld
Mitglieder: Brigitta Hartmann, Weinfelden
Stefan Leuthold, Frauenfeld
David Zimmermann, Braunau

Allgemeine Bemerkungen zum Budget 2019 und Finanzplan 2020 - 2022

Obwohl der Nettoaufwand um 7.1% steigt, ist mittelfristig mit Blick auf den Finanzplan nicht davon auszugehen, dass von einer kontinuierlichen Steigerung ausgegangen werden muss.

Die Stellenbegehren im Budget sind gut begründet. Die Aufwandsteigerung im Amt für Denkmalpflege konnte ebenfalls begründet werden.

Auf der Einnahmenseite ist festzuhalten, dass mit LÜP und HG2020 die Möglichkeiten für die Erhöhung von Erträgen umfassend geprüft wurde (z.B. Erhöhung Konzessionsgebühren für private und gewerbliche Flächennutzung im Bodensee; Einführung Konzessionsgebühren für Bootsstationierungen der Gemeinden am Bodensee; Erhöhung der Verleihungsgebühren für Wasserentnahmen bei Nutzung als Brauch- oder Trinkwasser; Vereinheitlichung und Anpassung Parkierungskosten etc.). Aktuell bestehen keine weiteren Ertragsmöglichkeiten, ohne die gesetzlichen Grundlagen anzupassen.

Die Fragen der Subkommission wurden vom Departement ausführlich beantwortet und wo nötig dokumentiert, was verdankt wird.

Budget 2019

6010-6020 Generalsekretariat

Die auf 4 Jahre befristete Stelle für ESP Wil West ist mit 100 % dotiert. Wann und zu wie viel Prozent sie effektiv besetzt werden kann, ist noch offen. Aktuell werden Gespräche mit möglichen Kandidaten geführt.

Produktgruppe Rechtsdienste

Mit den 7.8 Stellen im Rechtsdienst (inkl. Leitung) könnten die Vorgaben zum Kerngeschäft namentlich die Aufsichtsbeschwerden, die erstinstanzlichen Verfahren und die Rekurse erreicht werden. Es ist eine Zunahme der Aufgaben in anderen Bereichen festzustellen. Die Mitberichte zu Planungen und Reglementen der Gemeinden haben sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt.

Dazu kommt die Mitarbeit in Projekten oder der Beizug zu Sitzungen, so dass für das Kerngeschäft nicht immer die notwendige Zeit zur Verfügung steht. Diese Entwicklung wird engmaschig beobachtet, damit rechtzeitig Massnahmen ergriffen werden können. Aktuell steht z.B. die Mitarbeit des Rechtsdienstes DBU im Projekt Geo2020 (Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für einen medienbruchfreien Geschäftsverkehr im Bereich Geoinformation) zur Diskussion. Zu Handen der zuständigen Gremien wurde bereits festgehalten, dass mit den bestehenden Personalressourcen keine zusätzlichen Aufgaben übernommen werden können. Sollte die Mitarbeit zwingend sein, sind die entsprechenden Ressourcen zu schaffen (50 Stellenprozente).

6015 Massnahmen zum Schutz u. zur Pflege d. Natur u. Heimat

Spezialfinanzierung

Mit dem DFS wurde vereinbart, dass der Übertrag aus den allgemeinen Mitteln gemäss § 21 Abs. 1 Ziff. 1 TG NHG (RB 450.1), welcher im Generalsekretariat DBU budgetiert wird (vgl. Konto 6010.3990.502), dann erhöht wird, wenn sich abzeichnet, dass der Bestand der Spezialfinanzierung unter 3 Mio. Franken sinkt.

6110-6120 Amt für Raumentwicklung

Mit der Genehmigung des teilrevidierten kantonalen Richtplans (KRP; Stand: Juni 2017) durch den Bundesrat am 4. Juli 2018 wurde das Einzonungsmoratorium im Kanton Thurgau aufgehoben. Seither wurden beim ARE zahlreiche Ortsplanungsrevisionen (Gesamtrevisionen) zur Beurteilung eingereicht. Im Rahmen dieser Beurteilungen gilt es nun die neuen Bestimmungen des KRP anzuwenden und eine entsprechende Thurgauer Praxis zu entwickeln, was sowohl zeit- als auch ressourcenintensiv ist und daher auch das Jahr 2019 in Anspruch nehmen wird.

Da das im heutigen KRP festgelegte Siedlungsgebiet gemäss Art. 122a des kantonalen Planungs- und Baugesetzes (PBG; RB 700) bis zum 31. Dezember 2040 nicht vergrössert werden darf, ist das ARE derzeit zudem damit beschäftigt, ein System "Flächenbuchhaltung" aufzubauen. Dabei stellen sich insbesondere auch Fragen bezüglich Geodatenqualität und Kontrollzuständigkeiten (ÖREB-Kataster).

Agglomerationsprogramme S. 187: Im Rahmen des Projektes Mobilität Thurgau – BTS/OLS ist das ARE TG am Teilprojekt Raumentwicklung BTS/OLS federführend. Infrastrukturbauten wie die BTS und die OLS bieten eine Chance für die Raumentwicklung, die in der Vergangenheit zu selten wahrgenommen wurde. Im Rahmen des Teilprojekts Raumentwicklung BTS/OLS soll daher aufgezeigt werden, wie eine solche aktive Beeinflussung der räumlichen Entwicklung konkret ausgestaltet werden kann. sich mit dem Bau der BTS und der OLS ergebenden Chancen, aber auch mögliche Risiken frühzeitig zu erkennen und sich vorausschauend auf die geänderten räumlichen Verhältnisse einzustellen. Das Teilprojekt Raumentwicklung BTS/OLS hat einen erheblichen Einfluss auf die Umsetzung der BTS/OLS bzw. auf deren Realisierungschancen. Dementsprechend ist das Projekt für das ARE von grosser Bedeutung.

6210-6240 Hochbauamt

Der Aufwandüberschuss der Produktgruppe Werterhaltung von Gebäuden beträgt Fr. 541'822. Der Indikator wird hochgerechnet auf 2019 voraussichtlich 1.52 % betragen und kann erfüllt werden.

Der Milchviehstall ist ausführlich dokumentiert. Die Subkommission findet den Stall notwendig und hat keine weiteren Bemerkungen zu dieser Budgetposition.

6370 PV Lärmschutzmassnahmen / Seite 208: Gemäss LSV muss weiter in Lärmsanierungen investiert werden, weil die Anlagenbetreiber die Pflicht haben, ihre Anlagen periodisch zu überprüfen und wo erforderlich Nachsanierungen auszuführen. Ändert der Strassenbetreiber seine Anlagen durch Umbauten wesentlich, so hat dieser zudem weitergehende Schutzmassnahmen zu prüfen. Damit bleibt der Lärmschutz an den Strassen eine Daueraufgabe.

6410 Amt für Denkmalpflege

Seite 209 Globalbudget: Gegenüber der Rechnung 2017 wird mit einer Aufwandsteigerung von Fr. 438'000.-- bzw. 19.5% gerechnet (Budget 2018 und 2019 3.3%)
In der Budgetbotschaft 2018 wurde der Anstieg des Nettoaufwandes begründet: Befristete Aufstockung des Personalbestandes für die Forcierung der Begleitung der Gemeinden bei der Erstellung und Revision der Schutzpläne auf Basis der bestehenden Fachinventare sowie erstmalig Sachmittel für den Bereich Kulturgüterschutz. Der Mehraufwand von 3,3 % im Vergleich Budget 2019/2018 setzt sich im Wesentlichen aus höherem Sachaufwand für den Kulturgüterschutz, Mindereinnahmen bei den Gebühren und dem befristeten zusätzlichen Personalbedarf für die Archivierung zusammen. Die Einnahmen aus Gebühren wurden 2018 zu optimistisch budgetiert. Im Budget 2019 wurden die Erwartungen dem effektiven Ertrag gem. Rechnung 2017 angepasst. Ausserordentliche Leistungen (z.B. bei Schutzplanbegleitungen) werden von den Gemeinden weniger in Anspruch genommen als früher, da sie neu etwas kosten.

Finanzplan 2020 –2022

Der Anstieg von 1.224 Mio. Franken im Finanzplan 2020 setzt sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

Hochbauamt: Bei den Umbauten und Renovationen ist 2020 eine Steigerung von 4.985 auf 7.980 Mio. Franken enthalten. 2021 reduziert sich der Betrag auf 7.325 Mio. und 2022 auf rund 4 Mio. Franken. Dieser Tendenz wurde bereits mit einer Pauschkürzung begegnet (2020: -1.968 Mio. Fr.; 2021: -1.445 Mio. Fr.). Da der Bedarf für Umbauten und Renovationen im Jahr 2022 noch nicht im Detail bekannt ist, wurde eine Pauschalkorrektur von + 750'000 Franken eingefügt. Trotz dieser Pauschalkorrekturen verbleibt eine Steigerung im Finanzplan 2020 von rund Fr. 500'000 (3.4 %).

Amt für Umwelt: In der Investitionsrechnung ist der Beitrag an die Sanierung der Mole Stedi-Hafen in Ermatingen enthalten (B2019 und Finanzplan 2020 je Fr. 300'000). Diese Ausgabe wird als Investitionsbeitrag behandelt und ist somit in der Erfolgsrechnung im ersten Jahr (2020) zu 60 % und im zweiten Jahr zu 40 % abzuschreiben. (+ Fr. 360'000).

Programmvereinbarungen Forst: Für die nächste Programmvereinbarungsperiode 2020 bis 2024 sind die Eckdaten noch nicht bekannt, im Finanzplan wurden die Bundesmittel daher zurückhaltend budgetiert (+ Fr. 150'000).

6610 Forstamt / Seite 57: Kostensprung bei den Ausgaben auf Fr. 420'000 in den Jahren 2021 und 2022

Für ein Erweiterungs-Bauprojekt um den bestehenden Forstwerkhof Frauenfeld sind im Finanzplan 2021 und 2022 je Fr. 400'000 vorgesehen. Die Realisierung wird auch davon abhängen, wie die Ergebnisse der Restrukturierung der Forstreviere Frauenfeld und Neunforn-Uesslingen ausfallen und ob Wille der Waldeigentümer für eine forstbetriebliche Entwicklung vorhanden ist.

Ausblick

Grösste Herausforderungen im nächsten Jahr werden die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Entwicklungsschwerpunkt Wil West, die Umsetzung des KRP und die Bearbeitung der drei Richtplanänderungspakete ("Richtplanänderung 2018/2019", "Windenergie" und "Festsetzung von Massnahmen aus Agglomerationsprogrammen der 3. Generation") sein. Zudem wird intern der Baugesuchsprozess digitalisiert.

Die Subkommissionspräsidentin
Kantonsrätin Christine Steiger Eggli

Frauenfeld, 8. November 2018